

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 150. Sitzung

Berlin, Freitag, den 16. Dezember 2011

#### Inhalt:

#### Zusatztagesordnungspunkt 9:

Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: <b>zu den Ergebnissen des Klimagipfels in Durban</b> .....	17991 A
Dr. Norbert Röttgen, Bundesminister BMU .....	17991 B
Dr. Matthias Miersch (SPD) .....	17995 D
Michael Kauch (FDP) .....	17997 B
Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE) .....	17998 D
Dr. Christian Ruck (CDU/CSU) .....	17999 D
Ulrich Kelber (SPD) .....	18001 A
Renate Künast (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	18002 C
Birgit Homburger (FDP) .....	18004 B
Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	18005 B
Frank Schwabe (SPD) .....	18006 A
Dr. Thomas Gebhart (CDU/CSU) .....	18007 C
Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE) .....	18008 D
Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	18009 D
Josef Göppel (CDU/CSU) .....	18010 D
Ulrich Kelber (SPD) .....	18011 D
Andreas Jung (Konstanz) (CDU/CSU) .....	18013 B

#### Tagesordnungspunkt 29:

- a) Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Silvia Schmidt (Eisleben), Anette Kramme, Gabriele Hiller-Ohm, weiterer

Abgeordneter und der Fraktion der SPD: <b>Zwanzig Jahre Rentenüberleitung – Perspektiven für die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts in Deutschland</b> (Drucksachen 17/5540, 17/7393) .....	18014 D
b) Antrag der Abgeordneten Iris Gleicke, Anette Kramme, Silvia Schmidt (Eisleben), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: <b>Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines „Rentenüberleitungsabschlussgesetzes“ und zur Einrichtung eines „Härtefallfonds“</b> (Drucksache 17/6486) .....	18014 D
c) Antrag der Abgeordneten Iris Gleicke, Anette Kramme, Silvia Schmidt (Eisleben), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: <b>Sofortige Ost-West-Angleichung von pauschal bewerteten Versicherungszeiten beim Erwerb von Entgeltpunkten für die Rentenversicherung vornehmen</b> (Drucksache 17/6487) .....	18015 A
d) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Matthias W. Birkwald, Dr. Gregor Gysi, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: <b>Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht</b> (Drucksache 17/7034) .....	18015 A
Iris Gleicke (SPD) .....	18015 B
Hans-Joachim Fuchtel, Parl. Staatssekretär BMAS .....	18017 A
Hans-Joachim Hacker (SPD) .....	18018 D

Hans-Joachim Fuchtel, Parl. Staatssekretär BMAS .....	18019 B
Dr. Martina Bunge (DIE LINKE) .....	18019 C
Dr. Heinrich L. Kolb (FDP) .....	18021 B
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	18022 B
Arnold Vaatz (CDU/CSU) .....	18022 D
Maria Michalk (CDU/CSU) .....	18024 D
Silvia Schmidt (Eisleben) (SPD) .....	18026 C
Miriam Groß (FDP) .....	18028 C
Matthias W. Birkwald (DIE LINKE) .....	18029 B
Eckhardt Rehberg (CDU/CSU) .....	18030 D
Matthias W. Birkwald (DIE LINKE) .....	18032 B
Eckhardt Rehberg (CDU/CSU) .....	18032 D
Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP) .....	18033 A
Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU) ...	18034 B
Matthias W. Birkwald (DIE LINKE) .....	18035 D

### Tagesordnungspunkt 30:

a) Unterrichtung durch die Bundesregierung: <b>Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011</b> (Drucksache 17/7711) .....	18036 C
b) Beschlussempfehlung und Bericht des In- nenausschusses zu dem Antrag der Abge- ordneten Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: <b>Staatsmi- nister für Ostdeutschland bestellen</b> (Drucksachen 17/5522, 17/6242) .....	18036 D
Dr. Christoph Bergner, Parl. Staatssekretär BMI .....	18037 A
Iris Gleicke (SPD) .....	18038 B
Dr. Thomas Feist (CDU/CSU) .....	18039 C
Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP) .....	18040 B
Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE) .....	18041 D
Stephan Kühn (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	18043 B
Manfred Behrens (Börde) (CDU/CSU) .....	18044 C
Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD) .....	18045 D
Arnold Vaatz (CDU/CSU) .....	18046 D

### Tagesordnungspunkt 31:

a) Antrag der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Halina Wawzyniak, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion	
---	--

DIE LINKE: <b>Mietrecht sozial gerecht weiterentwickeln</b> (Drucksache 17/4837) .....	18048 B
---	---------

b) Antrag der Abgeordneten Katrin Kunert, Katja Kipping, Dr. Kirsten Tackmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: <b>Mindeststandards bei der Angemessenheit der Kosten der Unter- kunft und Heizung</b> (Drucksache 17/7847) .....	18048 B
Heidrun Bluhm (DIE LINKE) .....	18048 C
Dr. Jan-Marco Luczak (CDU/CSU) .....	18049 C
Ingo Egloff (SPD) .....	18051 B
Stephan Thomae (FDP) .....	18052 B
Daniela Wagner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	18052 D
Paul Lehrieder (CDU/CSU) .....	18053 D
Michael Groß (SPD) .....	18055 B
Pascal Kober (FDP) .....	18056 A

### Tagesordnungspunkt 32:

Antrag der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Nicole Maisch, Tabea Rößner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN: <b>Grundrechte schüt- zen – Datenschutz und Verbraucherschutz in sozialen Netzwerken stärken</b> (Drucksache 17/8161) .....	18057 A
Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	18057 B
Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU) ....	18058 A
Gerold Reichenbach (SPD) .....	18060 D
Dr. Erik Schweickert (FDP) .....	18062 B
Halina Wawzyniak (DIE LINKE) .....	18063 C
Nächste Sitzung .....	18064 D

### Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten .....	18065 A
---	---------

### Anlage 2

Neuabdruck einer zu Protokoll gegebenen Rede zur Beratung des Antrags: Menschen- rechte und Demokratie in den Staaten des Südkaucasus fördern (149. Sitzung, Tagesord- nungspunkt 24) .....	18065 D
---	---------

### Anlage 3

Amtliche Mitteilungen .....	18066 D
-----------------------------	---------

(A)

(C)

## 150. Sitzung

Berlin, Freitag, den 16. Dezember 2011

Beginn: 9.00 Uhr

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Die Sitzung ist eröffnet. Nehmen Sie bitte Platz.

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle herzlich zur 150. Plenarsitzung in der laufenden Legislaturperiode, die hoffentlich die letzte in diesem Jahr sein wird.

Wir beginnen mit dem vereinbarten Zusatzpunkt 9:

**Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

(B) **zu den Ergebnissen des Klimagipfels in Durban**

Hierzu liegt ein gemeinsamer Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung 90 Minuten vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Dr. Norbert Röttgen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Dr. Norbert Röttgen, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In den Morgenstunden des vergangenen Sonntags, des dritten Advents, ist die bislang längste Klimakonferenz nach nächtelangen Verhandlungen zu Ende gegangen. Circa 20 000 Personen waren akkreditiert. Über zwei Wochen wurde verhandelt. Gerade wegen der Aufmerksamkeit, die diese Konferenz weltweit bekommen hat, möchte ich betonen, dass die Konferenz nicht die eigentliche Sache ist und dass man die Konferenz nicht nur aus sich heraus bewerten darf, wenn man dem Thema gerecht werden möchte.

Die Konferenz ist nicht die Sache selbst. Die Sache selbst ist der Klimaschutz. Auch mit den Ergebnissen

dieser Konferenz – im Abschlussdokument ist es ausdrücklich festgehalten – hinken wir dem Problem hinterher. Klimaschutz findet statt, er entwickelt sich dynamisch. Aber die Maßnahmen, die einzelne Staaten getroffen haben, die Maßnahmen, die die Staatengemeinschaft getroffen hat, sind in der Summe nicht ausreichend. Wir tun immer noch zu wenig. Es gibt immer noch eine erschreckende Lücke, die auch auf der Konferenz von denen glaubwürdig dargestellt wurde, die schon heute die Opfer sind. Wir haben dies auch hier in der Debatte vor der Konferenz ausgeführt.

Es ist kein Pathos, es ist keine rhetorische Übertreibung, sondern für die Menschen aus Grenada und aus anderen kleinen Inselstaaten, die abzusaufen drohen, deren Land, deren Heimat, deren Lebensgrundlage überschwemmt und zerstört zu werden droht, für die Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern, die unter mehr Dürre, weniger Wasser und daraus resultierenden Konflikten zu leiden haben, ist Klimawandel eine Frage von Leben und Tod. Klimawandel ist eine Frage der Zerstörung von Heimat, der Zerstörung von Lebensgrundlagen. Klimawandel ist zunehmend eine Quelle von Konflikten und eine wesentliche Ursache von Flüchtlingsströmen. (D)

Es gibt Solidarität, da jeder Mensch die gleiche Würde hat. Das ist unser Bild vom Menschen, das dem Grundgesetz zugrunde liegt. Darum ist uns das Schicksal der Menschen an anderen Orten dieses Planeten nicht egal. Es ist eine Frage von humanitärer Solidarität, dass wir uns gerade als Industrieland für den Klimaschutz einsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aber es gibt auch keine Insel der Glückseligen bei der Globalisierung. Vielmehr kommen die Probleme alle zu uns. Die klimatischen Folgen kommen zu uns und erreichen uns. Auch die Flüchtlingsströme erreichen uns. Das ist eine elementare Frage der Gerechtigkeit in unserer Zeit, in doppelter Hinsicht. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, weil die Menschen auf dem Planeten, die am wenigsten – im Grunde nichts – zum Problem des Klimawandels beitragen, am stärksten betroffen sind. Die, von

**Bundesminister Dr. Norbert Röttgen**

- (A) denen ich eben gesprochen habe, sind keine Verursacher – so gut wie nicht –, aber sie sind die Betroffenen.

Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit in der Perspektive, die die Menschen und die Menschheit haben. Ich glaube, dass die Vorstellung realistisch ist, dass die Atmosphäre ein begrenzter Deponieraum für die Aufnahme von Treibhausgasen wie CO<sub>2</sub> ist. Wenn wenige Länder durch ihre Entwicklung, durch ihre Art des Lebens und Wirtschaftens diesen Deponieraum auffüllen, dann schneiden wir Milliarden Menschen von der Perspektive einer persönlich, wirtschaftlich und individuell guten Entwicklung ab.

Es geht um die Frage nach globaler Gerechtigkeit, die aber immer ein menschliches Gesicht hat. Es geht also um die Abwehr einer fundamentalen Bedrohung für die Menschen und die Menschheit. Parallel dazu geht es um die enormen wirtschaftlichen Chancen.

Das ist nicht nur ein defensiver Ansatz, etwas zu verhindern, sondern wenn man die Begrenzung der natürlichen Lebensgrundlagen und des Deponieraumes in ein intelligentes, zukunftsfähiges, nachhaltiges System des Wirtschaftens einführt, dann entsteht dort auch ein ganz neuer Wettbewerb, und dann werden diejenigen, die sich kulturell und technologisch darauf einstellen, die wirtschaftlichen Gewinner dieses Jahrhunderts werden. Es geht um enorme wirtschaftliche Chancen. Man darf sagen, dass wir diese wirtschaftlichen Chancen nutzen wollen. Das ist ausdrückliches Ziel unserer Politik, für Deutschland und für Europa in ganz besonderer Weise.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Weil die fundamentale Bedrohung wie die fundamentale Chance und die neue Orientierung von Wirtschaft, Wettbewerb und Modernisierung so bestehen, haben wir, die Deutschen und die Europäer, hart verhandelt. Wir haben uns den Forderungen, Europa solle in jedem Falle eine zweite Verpflichtungsperiode des Kioto-Protokolls eingehen – sie sind auch in diesem Haus gestellt worden –, nicht angeschlossen, mit einem Risiko.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein Fehler!)

– Herr Trittin sagt: „Das war ein Fehler.“ Nein, es war kein Fehler. Es war ein Risiko, und zwar das Risiko, dass die Region Europa, die als einzige Region weltweit wirklich entschlossen und bereit ist, Verpflichtungen einzugehen, am Ende noch den Schwarzen Peter bekommt, wenn man sich nicht einigt. Dieses diplomatische, außenpolitische Risiko sind wir eingegangen. Wir sind es übrigens mit großer Unterstützung auch der nationalen und internationalen Umwelt- und Klimaschutzverbände eingegangen, weil es ein Scheitern gewesen wäre, wenn wir uns damit zufriedengegeben hätten, dass sich nur einige wenige Länder, dass sich nur Europa verpflichtet.

Die Europäische Union und einige zusätzliche Länder wie Norwegen und die Schweiz decken circa 15 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen ab. Mit einem Regelungsregime, das nur 15 Prozent der Verursacher und der Verursachung erfasst, können wir nicht 100 Prozent

des Problems lösen. Es ist, wie ich gerade ausgeführt habe: Wir müssen 100 Prozent lösen. Mali, Grenada und andere haben nichts davon, wenn wir 15 Prozent lösen. Darum waren sie bei diesem Ansatz an unserer Seite. Es war genau richtig, diesen Ansatz zu wählen und dieses Risiko einzugehen: um der Sache willen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Im Nachhinein können wir erleichtert – manche glücklich – sagen: Es hat sich ausgezahlt. Wenn wir nicht so hart verhandelt hätten, wenn wir weich gewesen wären und gesagt hätten: „Wir haben mehr Angst um unser internationales Standing als um die Sache“, dann hätten wir niemals das erreicht, was erreicht worden ist. Darum ist es schon ein bisschen bizarr, dass diejenigen, die uns eine weiche Verhandlungsposition empfohlen haben, jetzt die Ergebnisse als unzureichend kritisieren. Das ist eine besondere Form von Unglaubwürdigkeit, die man einmal ansprechen muss.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo war denn Herr Rösler?)

Das haben die Bundesregierung und die Europäische Union gemeinsam so verhandelt und auch aufrechterhalten.

Ich komme damit zu der Rolle, die Europa auf dieser Konferenz gespielt hat und die ich hervorheben möchte. Wir debattieren in unserer Zeit fast nur über Europa. Europa hat auf dieser Konferenz etwas gezeigt, was aus meiner Sicht, nebenbei bemerkt, der tiefste Grund für all unsere Euro-politischen und europapolitischen Debatten ist: Wir haben zusammengehalten. Europa agierte geschlossen. Europa hat mit einer Stimme gesprochen. Weil das so war, war Europa der prägende, konstruktive Part auf dieser Konferenz. Ich glaube, diesen Erfolg kann man mit großem Glück feststellen.

Europa hat diese Konferenz positiv, konstruktiv geprägt, weil wir unter polnischer Ratspräsidentschaft zusammen mit der Kommission und den Mitgliedsländern geschlossen agiert haben, weil wir glaubwürdig sind – Europa hat nicht in erster Linie von anderen etwas verlangt, sondern Europa hat gesagt, andere Länder, insbesondere die Schwellenländer, müssen zu dem bereit sein, zu dem wir selbstverständlich auch bereit sind – und weil wir entschieden waren, nicht alles mitzumachen, und eine klare Position vertreten haben.

Ich habe die polnische Ratspräsidentschaft und die Kommission erwähnt, Dänemark, das die kommende Ratspräsidentschaft innehat, und Frankreich: Das alles sind unsere engsten Partner neben anderen Ländern, aber ich möchte auch hier betonen, dass es auf dem Gebiet der Klimapolitik eine engste, vertrauensvollste und fruchtbarste Zusammenarbeit insbesondere auch mit dem Vereinigten Königreich gibt. Auf diesem Gebiet haben wir eine besonders enge und wirkungsvolle Partnerschaft.

Ein Teil und ein wesentliches Element dieser europäischen Strategie, die wir hatten und die funktioniert hat, neben der Geschlossenheit war, dass wir erstmalig eine

**Bundesminister Dr. Norbert Röttgen**

- (A) strategische Partnerschaft Europas mit den am wenigsten entwickelten Ländern dieser Welt und mit den sogenannten kleinen Inselstaaten, AOSIS, entwickelt haben, eingegangen sind und auch zur Geltung gebracht haben. Ohne diese Partnerschaft, ohne das politische und moralische Gewicht dieser Länder und Europas wäre der Erfolg nicht erreicht worden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir hätten es alleine nicht geschafft. Nur zusammen mit so kleinen und unter machtpolitischen Gesichtspunkten bedeutungslosen Ländern, die aber eine authentische Stimme der Betroffenheit und des ehrlichen Engagements haben, wurde dieser Erfolg erreicht, weil die sogenannten BASIC-Staaten China, Indien, Brasilien und auch Südafrika, das die Präsidentschaft innehatte, von deren Stimme und von deren Anklage – „Ihr lasst uns im Stich“ – beeindruckt waren.

Darum möchte ich hier sagen – ich glaube, dass wir darin übereinstimmen; es war ja auch eine Delegation des Bundestages dort –: Diese strategische Partnerschaft wird über den Tag dieser Konferenz hinaus Bedeutung haben. Sie muss sie haben; denn sie ist ein ganz wesentlicher Ertrag, den wir mit unserer internationalen Klimadiplomatie erreicht haben. Wir werden diese Partnerschaft weiter pflegen und einsetzen, weil sie weiterhin erfolgreich und notwendig sein wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Ich möchte auf die einzelnen wichtigsten Ergebnisse der Konferenz eingehen, sie darstellen und natürlich auch bewerten. Das, was aus meiner Sicht, aus deutscher Sicht, aus europäischer Sicht den Erfolg schlechthin ausmacht, ist, dass es nunmehr ein globales Klimaschutzabkommen für alle Länder geben wird. Es war das zentrale Ziel unserer Verhandlungen, dass es ein Regelungssystem gibt, ein – wir kennen die Redewendung aus den Kopenhagener Vorverhandlungen und Verhandlungen – bindendes Rechtsinstrument für alle. Das ist eine fundamentale Neuordnung der internationalen Klimapolitik.

Sie war bislang davon geprägt, dass es die Verpflichtungen einiger weniger Industrieländer gibt, aus denen sich immer mehr Industrieländer zurückgezogen haben. Wir alle haben das inakzeptable Verhalten von Kanada jetzt zur Kenntnis nehmen müssen, nicht nur die Ankündigung wahrzumachen, an einer zweiten Periode nicht teilzunehmen, sondern auch aus der bestehenden völkerrechtlichen Verpflichtung der laufenden Verpflichtungsperiode auszusteigen. Das heißt, es gibt immer weniger Industrieländer, die tatsächlich zu etwas bereit sind, und immer mehr Länder, die als Maximum freiwillige Maßnahmen ergreifen, aber nicht bereit sind, sich vertraglich zu verpflichten.

Mit diesem Ordnungsrahmen, mit dieser Rechtsordnung aus einer vergangenen Zeit werden und würden wir das Problem nicht in den Griff bekommen, sondern wir brauchen diejenigen, die schon heute und immer mehr große Emittenten von CO<sub>2</sub> sind. Das sind die Schwellenländer. China mit einer Bevölkerung von 1 200 Millionen Menschen hat schon heute eine Pro-Kopf-Emission

- an Treibhausgasen von annähernd 7 Tonnen, wir liegen bei knapp 10 Tonnen. Das zeigt die Dynamik der Entwicklung bei den CO<sub>2</sub>- und anderen Treibhausgasemissionen. Wenn es nicht gelungen wäre, etwa ein Land wie China in diesen Prozess, in diesen Rechtsrahmen einzubinden, dann hätten wir keine Chance auf eine wirklich wirksame Klimaschutzpolitik gehabt. (C)

China hat sich dagegen gewehrt, in ein Regime von Verpflichtungen hineingenommen zu werden. Sie haben sich dagegen gewehrt, gemeinsam mit anderen Staaten in das Boot einzusteigen. Ich habe auf der Versammlung appelliert: Kommen Sie mit in das Boot! Wir müssen alle in das eine gemeinsame Boot einsteigen. Genau das ist das Ergebnis, das wir am Sonntag früh um 4 Uhr erreicht haben. Ein Riesenerfolg für die internationale Klimadiplomatie! Ein einziges globales Klimaschutzabkommen wird kommen. 2015 wird es angenommen werden. Das ist der große Erfolg dieser Konferenz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Daneben wird es die zweite Verpflichtungsperiode im Kioto-Protokoll geben. Auch das ist gut. Wir wollten sie immer und ausdrücklich. Das ist das Vorbildsystem mit klaren Verpflichtungen, mit Verfahren, mit Transparenz, mit Institutionen. Das durfte nicht untergehen. Das haben wir gerettet. Es wird die zweite Verpflichtungsperiode geben.

- Es gibt den Ansatz „Verhandeln und Handeln“. Wir werden über dieses Abkommen bis 2015 verhandeln müssen. Es wird dann die Umsetzungsphase und die Ratifikationsphase geben. Das dauert; das ist keine Frage, das kann man nicht bestreiten. Darum haben wir darauf bestanden – das wurde in letzten Stunden noch in den Verhandlungstext aufgenommen –, dass es neben dem Verhandlungsstrang auch Handeln geben muss, und zwar sofort. Darum wird es einen Arbeitsplan dafür geben, dass das Ambitionsniveau gesteigert wird, dass es mehr nationale Maßnahmen für Klimaschutzpolitik geben soll. Verhandeln und Handeln zugleich, das war immer die deutsche und europäische Position. Wir haben sie durchgesetzt, weil sie notwendig ist. (D)

Die Klimafinanzierung ist ein ganz wichtiger Bereich; denn die armen Länder, von denen ich gesprochen habe, sind auf Unterstützung angewiesen. Etwa bei Anpassungsmaßnahmen, bei Technologiemaßnahmen, bei dem, was man Kapazitätsbildung nennt, brauchen sie unsere Unterstützung. Dafür wird – das ist nunmehr klar, das war vor der Konferenz nicht klar – der Globale Klimafonds ab 2012 arbeitsfähig sein. Er ist in Cancún beschlossen worden. Er wird nunmehr nach Durban ab dem nächsten Jahr arbeitsfähig sein.

Die deutsche Bundesregierung konnte in Abstimmung mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Bundesumweltministerium ankündigen, dass die Arbeitsfähigkeit jetzt tatsächlich zum Ausdruck kommt. Darum konnten wir 40 Millionen Euro für Startmaßnahmen und Sofortmaßnahmen in Aussicht stellen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Neu und zusätzlich!)

**Bundesminister Dr. Norbert Röttgen**

- (A) Wir wollen, dass dieser Fonds sofort mit Leben gefüllt wird, damit er wirksam werden kann.

(Ulrich Kelber [SPD]: Neu und zusätzlich oder Umwidmung?)

Diese Zusage hat jedenfalls auf dieser Versammlung starken Widerhall, insbesondere bei Entwicklungsländern, gefunden. Es war eine gute Nachricht, dass jetzt nicht nur etwas auf dem Papier steht, sondern dies auch mit Leben gefüllt wird. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deutschland hat auf dieser Konferenz angekündigt, sich als Sitzstaat für diesen Fonds zu bewerben. Das drückt unser weiteres Engagement in diesem Bereich und den Wunsch aus, dabei zu sein, führend zu sein, eine Gastgeberrolle, eine Förderrolle einzunehmen. Wir werden starke Konkurrenz um diesen Sitz haben, aber wir sind auch eine starke Bewerbung. Ich weiß nicht, wie es ausgeht. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass sich Deutschland mit einem guten Angebot bewirbt. Auch die Resonanz ist ermutigend.

Auch Klimafinanzierung, Anpassungsfinanzierung und Klimaschutzmaßnahmen sind elementar. Es geht um eine elementare Frage der Glaubwürdigkeit der Industrieländer: Wenn Industrieländer Versprechungen machen und sie nicht einhalten, gefährden sie die eigene Glaubwürdigkeit, gefährden wir, dass sich andere Länder auf diesen Entwicklungspfad begeben.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Darum ist es selbstverständlich, dass die Bundesregierung ihre Verpflichtungen erfüllt. Die Fast-Start-Finanzierung, die wir in Kopenhagen verabredet haben, macht für Deutschland bis 2012 1,26 Milliarden Euro aus.

(Ulrich Kelber [SPD]: Neu und zusätzlich, nicht umwidmen, wie Sie es machen!)

– Genauso ist es: neue und zusätzliche Mittel. Es gibt bislang neue und zusätzliche Mittel in Höhe von knapp 800 Millionen Euro. Wir werden auf Heller und Pfennig – bislang haben wir etwas übererfüllt – 1,26 Milliarden Euro neue, zusätzliche Mittel bereitstellen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Im Haushalt nicht erkennbar!)

Wir erfüllen unsere Versprechungen. Das gehört zum Selbstverständnis der Bundesregierung und Deutschlands.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Der Haushalt sagt die andere Wahrheit!)

– Das mag Ihnen nicht gefallen. Ich verstehe das nicht; denn es geht darum, dass Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt.

(Ulrich Kelber [SPD]: Nein, es ist einfach die Unwahrheit! Das hat mit „Gefallen“ nichts zu tun! Es ist einfach die Unwahrheit!)

- Mit der Unwahrheit sollten Sie vorsichtig sein. (C)

(Ulrich Kelber [SPD]: Wir können das im Haushalt nachgucken!)

Ich sage Ihnen: 1,26 Milliarden Euro neue, zusätzliche Mittel. Bitte überlegen Sie, wann Sie einem Kollegen dieses Hauses Unwahrheit vorwerfen. Prüfen Sie diesen Vorwurf bitte nach!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Das haben wir mehrfach geprüft!)

Dann erwarte ich eine Stellungnahme von Ihnen, ob das unwahr ist oder wahr.

1,2 Milliarden Euro für Fast Start: Das ist nicht alles, was wir tun. Darin erschöpfen sich unsere Maßnahmen nicht. Im vergangenen Jahr waren es 1,2 Milliarden Euro. In diesem Jahr werden es 1,8 Milliarden Euro für die Klimafinanzierung sein. Wir reden nicht nur, wir handeln. Es gibt keinen Grund, das in Zweifel zu ziehen. Wir können sagen: Wir sind dabei, auch wenn es darum geht, arme Länder zu unterstützen. Das ist ein gemeinsames Engagement der Bundesregierung, insbesondere des Entwicklungshilfeministeriums und des Umweltministeriums. Das sind in aller Regel gemeinsam finanzierte Maßnahmen.

Von dem einen Rechtsregime über die Klimafinanzierung bis zum sofortigen Handeln, dieses Ergebnis ist wegweisend. Es ist substanziell. Es ist nicht ausreichend. Es schließt die Lücke nicht. Es ist zu wenig. Aber es wäre unvermeidbar gewesen, es links liegen zu lassen, statt es anzunehmen. Wir müssen schrittweise vorangehen. Darum ist es ein Erfolg im Schrittweisevorangehen. (D)

Deutschland ist in diesem Prozess führend, ohne bevormundend zu sein. Wir wissen auch, dass wir nicht allein auf der Welt sind. Bei manchen Ratschlägen, die man jetzt erhält, habe ich den Eindruck, dass das nicht allen klar ist. Deutschland ist nicht allein auf der Welt, und wir sollten uns nicht so aufführen, als gäbe es nur Deutschland auf diesem Planeten. Wir sind Partner, und wir wirken mit in internationalen Systemen: der Europäischen Union und den Vereinten Nationen. Mit diesem Selbstverständnis sollten wir auch nach außen auftreten.

Wir können nach außen mit dem Selbstverständnis auftreten, dass wir auch zu Hause etwas tun, dass wir zu Hause die Chancen, die in der wirtschaftlich-technologischen Entwicklung liegen, wahrnehmen. Wir haben die Gelegenheit genutzt, in Durban über die Energiewende in Deutschland zu reden, mit höchster internationaler Aufmerksamkeit und Interesse, mit Respekt dafür, was ein führendes Industrieland auf diesem Gebiet tut, sich nämlich selber für eine Transformation der Energieversorgung zu entscheiden, weg von der großen zentralen Versorgung mit wenig Wettbewerb und konventionellen Technologien hin zu einem dezentralen Wettbewerb und neuen Technologien mit erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Mit höchster Aufmerksamkeit und hoher Kooperationsbereitschaft anderer europäischer Länder haben wir zum Beispiel das Projekt SARI beschlossen, ein Unterstützungsprojekt für die Entwicklung von

**Bundesminister Dr. Norbert Röttgen**

- (A) erneuerbaren Energien in Südafrika mit Norwegen, Dänemark, dem Vereinigten Königreich und anderen Ländern, weil auch andere Länder zunehmend sehen, dass dies der richtige Weg der Entwicklung ist. Industriepolitisch, innovationspolitisch und ökologisch ist das der Zukunftsweg. Dafür stehen wir, und darum wollen wir diesen Weg. Wir werden diesen Weg zum Erfolg führen, mit allen Akteuren in Deutschland und darüber hinaus. Wir wollen diesen Dialog der Akteure. Wir wollen das Handeln der Akteure.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte abschließend betonen, dass Klimaschutzpolitik ein Gesamtansatz der Bundesregierung ist.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weiß Herr Rösler das schon?)

– Es mag Ihnen nicht gefallen, es ist aber gut für Deutschland, dass dies gemeinsam vertreten wird und sich auch darstellen lässt. Im Entwicklungshilfeministerium sind Umwelt und Entwicklung gewissermaßen das Leitmotiv.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, so ist es. Das mag Ihnen aus oppositionellen Gründen nicht gefallen. Das ist aber so. Das ist auch die Wahrnehmung von Deutschland in der Welt. Ich habe sowieso den Eindruck, dass bei Ihnen die provinzielle Wahrnehmung der Dinge immer weiter zunimmt.

- (B)

(Ulrich Kelber [SPD]: Der Weltpolitiker!)

Sie sollten einmal von außen auf Deutschland schauen. Dann erhalten Sie ein etwas realistischeres Bild. Sie sollten nicht immer nur in Ihrer kleinkarierten Oppositionsrhetorik verharren und so über die Welt reden, wie sie in Ihren Vorstellungen existiert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Geht es mal eine Nummer kleiner?)

Ich finde, man sollte sich auch als Opposition ein bisschen über deutsche Erfolge freuen können.

(Ulrich Kelber [SPD]: Der Weltenretter! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich dachte, Sie wollten uns eine politische Vorlesung halten! Warum so nervös?)

Wir sollten uns darüber freuen, dass wir mit Grenada und Mali zusammengewirkt und auf dieser Konferenz neue Programme zur Klimaanpassung in Höhe von 15 Millionen Euro ins Leben gerufen haben.

Der Bundesaußenminister hat im Sommer dieses Jahres das Thema Klimawandel und internationale Sicherheit in den Weltsicherheitsrat unter deutschem Vorsitz eingeführt. Erstmals hat der Weltsicherheitsrat anerkannt, dass der Klimawandel die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität gefährden kann.

(C) Klimawandel ist auch eine Frage der internationalen Sicherheit, der Energiesicherheit, der Wassersicherheit, der Versorgungssicherheit und der Ernährungssicherheit. Diesen Konnex hergestellt und in die UN-Politik eingebracht zu haben, ist ein ausdrückliches Verdienst des Außenministers. Er war damit erfolgreich, weil anerkannt worden ist, dass es diesen Zusammenhang gibt. Diesen Zusammenhang müssen wir sehen, weil der Klimawandel die Stabilität vieler Länder bedroht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Klimapolitik ist Weltordnungspolitik. Daran werden wir in Europa geschlossen weiterarbeiten. Dazu sind wir eine strategische Partnerschaft eingegangen. Wir werden den Rio-Gipfel im Frühjahr nächsten Jahres gestalten, und zwar wieder in der Weise, die ich eben geschildert habe. Wir werden die Petersberg-Konferenz wieder durchführen, eine international anerkannte Konferenz, zu der die Bundeskanzlerin nach der Kopenhagener Konferenz eingeladen hat. Daran werden die Länder teilnehmen, die für diesen Prozess wichtig sind.

Deutschland ist Partner auf diesem Gebiet, und Deutschland ist Vorreiter auf diesem Gebiet, um die Lebensgrundlagen von uns, der Menschheit zu erhalten, aus Solidarität mit denjenigen, die Opfer sind. Das ist verbunden mit der Wahrnehmung enormer wirtschaftlicher Chancen. In diesem Zusammenwirken unterschiedlicher Ziele und Güter liegt die Motivation und die Strategie unserer Klimapolitik; denn wir wissen, dass alle – zuerst die Armen und dann die noch Reichen – viel zu verlieren haben, aber wir wissen auch, dass wir viel zu gewinnen haben. Ich glaube, das verdient die Anstrengung aller.

(D)

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich eröffne die Aussprache.

Matthias Miersch ist der erste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Matthias Miersch (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur weil Weihnachten ist, sondern auch weil ich fest davon überzeugt bin, Herr Bundesminister, richte ich am Anfang ein Dankeschön an das Verhandlungsteam, an all die Beamtinnen und Beamten, die seit Monaten für die Bundesrepublik Deutschland an dem internationalen Prozess beteiligt gewesen sind. Ich glaube, diese müssen in den Mittelpunkt gerückt werden. Sie haben die Kleinarbeit gemacht. Insofern vielen Dank für diese Arbeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch an dieser Stelle Dank an alle Kollegen, die den Deutschen Bundestag in Durban repräsentiert haben.

**Dr. Matthias Miersch**

- (A) Deswegen, Herr Bundestagspräsident, ein Appell von dieser Seite. Sie haben beschlossen, zukünftig nur noch Fraktionsreisen, aber keine offiziellen Delegationsreisen zu internationalen Regierungskonferenzen zuzulassen. Ich glaube, das Präsidium ist gut beraten, diesen Beschluss zu überdenken; denn es sind letztlich Parlamente, die über Beschlüsse der Regierungen abzustimmen haben, es sind Parlamente, die für einen guten Weg werben müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN)

Damit ist es mit der Gemeinsamkeit, Herr Bundesumweltminister, aber auch schon vorbei. Wenn Sie von einem großen, wegweisenden Erfolg dieser Klimakonferenz sprechen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Groß sind die Herausforderungen, aber klein sind die Antworten, die dort gegeben worden sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil: Ich glaube, Schönrederei hilft hier überhaupt nicht weiter. Sie verdunkelt und sie verkleistert die eigentlichen Herausforderungen, die die Staatengemeinschaft und auch die Bundesrepublik Deutschland zu bestehen haben. Was ist das für ein Ergebnis, dass man sich darauf verständigt, bis 2015 zu verhandeln, dann möglicherweise eine Vereinbarung zu erzielen, wobei man nicht weiß, welche Rechtsverbindlichkeit sie eigentlich haben soll, nach der die ausgehandelten Beschlüsse dann 2020 in Kraft treten sollen? Das ist kein großer Erfolg. Das ist nichts, was sich angesichts der großen Herausforderungen als solcher darstellen lässt.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: „Der grüne Klimafonds ist beschlossen worden, und er ist arbeitsfähig“, dann sollten Sie auch sagen – das gehört zur Wahrheit dazu –, über welche Mittel dieser Klimafonds bislang verfügt: über keinen einzigen Dollar, über keinen einzigen Euro!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagen: Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Verpflichtungen erfüllt. Allerdings erleben wir seit Kopenhagen einen Glaubwürdigkeitsverlust: Uns wird, auch auf internationaler Ebene, vorgeworfen, dass die Fast-Start-Zusagen nicht eingehalten worden sind; denn es sind keine zusätzlichen Gelder geflossen, sondern man hat das Ganze über Verschiebebahnhöfe zustande gebracht. Lieber Herr Röttgen, Sie haben meine Anfrage von Mittwoch dieser Woche hinsichtlich der 40 Millionen Euro noch nicht beantwortet, auch heute nicht. Ich hoffe sehr, dass die Zusage, die Sie dort gemacht haben, bedeutet, dass tatsächlich zusätzliches, neues Geld bereitgestellt wird. Wir werden da genau hinschauen, lieber Herr Röttgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus Durban (C) kann man eine große Schlussfolgerung ziehen: nicht mehr auf Konferenzen dieser Art zu setzen. Sie sind wichtig, weil sie eine Plattform bieten, auf der alle Länder auf Augenhöhe verhandeln können. Aber von diesen Konferenzen wird – da bin ich sicher – nie die Dynamik ausgehen, die wir brauchen, um die Herausforderungen des Klimawandels tatsächlich bewältigen zu können. Was wir brauchen, ist eine Mehrwegestrategie, eine Strategie, die genau diejenigen einlädt, die mit uns voranschreiten wollen. Insofern lautet unser Vorschlag, zu einer weiteren Konferenz einzuladen mit den Staaten der Europäischen Union, Patenschaften mit anderen Staaten dieser Welt einzugehen, etwa mit Inselstaaten, aber auch mit Schwellenländern wie Brasilien oder Südafrika. Dabei sollte vereinbart werden, wie man vorgehen kann, welche Vorteile man aus solchen Patenschaften ziehen kann.

Ein weiterer Weg ist das Setzen auf die Europäische Union. An dieser Stelle ein Appell: Es ist dringend notwendig, dass wir in den nächsten Monaten zusammen mit der dänischen Ratspräsidentschaft das unkontingentierte 30-Prozent-Minderungsziel ganz unmissverständlich festschreiben.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ansonsten fällt uns der Emissionshandel auf die Füße.

Zu der Mehrwegestrategie gehört auch – da ist der Umweltminister wieder der Norbert Röttgen: das Pathos, die großen Worte und die Taten –, national Vorbild zu sein. Die Bundeskanzlerin ist im Moment nicht anwesend. (D)

(Widerspruch bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD: Nein!)

– Sie sitzt auf einem anderen Platz.

(Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie hat sich nur von Herrn Rösler weggesetzt! – Heiterkeit bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Bundeskanzlerin, wenn der Bundesumweltminister sagt, die Bundesregierung verfolge eine Gesamtstrategie, dann kann ich dem nur entgegenen: Beenden Sie das Trauerspiel der Auseinandersetzung zwischen Wirtschaftsministerium und Umweltministerium hinsichtlich der Effizienzrichtlinie, das wir in den letzten Wochen hier verfolgen konnten!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nutzen Sie Ihre Richtlinienkompetenz! Machen Sie hier wirklich die Tür auf! Es ist die Effizienz, die Vorbild geben kann. Es ist die Effizienz, die gerade die deutsche Wirtschaft beflügeln kann; denn es werden die Maschinen der Zukunft sein, die weniger Energie verbrauchen. Insofern ist es umso unverständlicher, dass sich ein Bundeswirtschaftsminister hinstellt und gegen verbindliche Effizienzziele votiert. Herr Bundeswirtschaftsminister, beenden Sie diese Blockadehaltung!



**Dr. Matthias Miersch**

- (A) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Heute noch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, eins muss uns klar sein: Wir haben die Finanzkrise, und wir haben die Klimakrise. Beide Krisen müssen gemeinsam betrachtet werden. Denn diejenigen, die in Wirtschaft von morgen investieren, werden auch den Anforderungen in Sachen Energie und Klima gerecht. Deswegen sind wir als Bundesrepublik Deutschland gut beraten, einen Schritt weiter zu sein und uns weder auf die Bremser bei Schwarz-Gelb noch auf die Bremser auf dem internationalen Parkett zu berufen. Wir haben seit 1998 das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das eine Erfolgsgeschichte ist. Wir haben bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen mächtige Fortschritte gemacht. Wir können daran anknüpfen. Aber dazu braucht man eine Bundesregierung, die sich nicht blockiert, sondern handelt.

Deswegen: Dieses Zukunftsfeld muss jetzt beackert werden. Fangen Sie an! Geben Sie ein Vorbild! Dann werden auf internationaler Ebene die Staaten auf die Bundesrepublik Deutschland schauen. Dann wollen sie nicht in der Ecke stehen und werden dem Erfolg, den wir in diesem Bereich erzielen können, auch nacheifern. In diesem Sinne lade ich Sie herzlich dazu ein, mit uns zusammen eine zukunftsgerechte Wirtschafts- und Energiepolitik zu denken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

- (B) (Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE])

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun der Kollege Michael Kauch für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Michael Kauch (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die UN-Konferenz von Durban hat die Erwartungen klar übertraffen.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei der FDP ist jetzt alles durcheinander, ja?)

– Liebe Frau Künast, Sie sollten ruhig sein.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Anders als die Sozialdemokraten, die sich bei diesen Verhandlungen verantwortungsvoll verhalten haben, haben die Grünen in Interviews hier in Deutschland und auf der Konferenz die deutsche Verhandlungsposition permanent hintertrieben. Das hat nichts mit Solidarität bei einer nationalen Aufgabe in solchen Verhandlungen

zu tun. Sie sind dem Bundesumweltminister bei den Verhandlungen auf der Konferenz permanent in den Rücken gefallen. Das war nicht in Ordnung. Deshalb sollten Sie, liebe Frau Künast, und Ihre Fraktion hier ganz ruhig sein. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dolchstoßlegende!)

Wir haben es geschafft, dass ein einheitlicher Rechtsrahmen für alle Länder vereinbart wurde. Die Schwarz-Weiß-Unterscheidung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern entfällt. Alle werden sich gemäß ihrer historischen und zukünftigen Verantwortung sowie ihren Fähigkeiten an dem entsprechenden Abkommen beteiligen. Hieraus ergibt sich der Vorteil, dass Länder, deren Wirtschaft sich dynamisch entwickelt wie die Volksrepublik China, die inzwischen 7 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf emittiert, anders behandelt werden als Länder wie Indien, das nur 1,5 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf emittiert, aber eben auch anders als beispielsweise die Länder der Europäischen Union. Jedes Land wird sich an diesem Abkommen gemäß seiner historischen und zukünftigen Verantwortung sowie seinen Fähigkeiten beteiligen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass durch ein solches Klimaabkommen, das nicht mehr auf irgendeine Blockzugehörigkeit setzt, Wettbewerbsgleichheit zwischen Industriestandorten hergestellt wird, wenn jeder nach seiner Verantwortung und seinen Fähigkeiten verpflichtend einbezogen wird. Das spiegelt auch die neue Weltordnung wider, in der wir uns bewegen. Wir haben viele Zentren statt wenige Blöcke. Es gibt neue Spieler auf der internationalen Bühne – das hat man in Durban ganz klar gesehen –: Die großen Schwellenländer Brasilien, Südafrika, Indien und China spielen zunehmend eine größere Rolle in den Verhandlungen. (D)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hätte Ihnen aber schon vor zehn Jahren auffallen können!)

Das spiegelt auch die wirtschaftliche Dynamik wider, die es in Teilen der ehemaligen Dritten Welt inzwischen gibt.

Deshalb war die Verhandlungsstrategie der Bundesregierung absolut richtig: hart zu sein und zu sagen, dass wir nicht alles mitmachen. Die Grünen haben uns ja im Gegensatz dazu aufgefordert, auf jeden Fall irgendein Abkommen abzuschließen und unbedingt an Kioto festzuhalten, egal was die anderen tun. Genau das haben wir nicht getan, und deshalb sind wir erfolgreich gewesen. Nur mit dieser harten Linie konnten wir uns in den Verhandlungen durchsetzen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir müssen aber auch diejenigen benennen, die nicht mitmachen. Japan, Russland und zuletzt Kanada haben schon vor der Konferenz erklärt: Egal was ihr hier verhandelt – wir machen bis 2020, wenn ein neues globales Abkommen in Kraft tritt, nicht mit. Dazu muss man ganz deutlich sagen: Das

**Michael Kauch**

- (A) müssen wir als Europäer benennen und deutlich machen. Man kann nicht in anderen Verhandlungen Interessen wahrnehmen und sich dann wegducken, wenn man selber vor Aufgaben steht und Verantwortung übernehmen muss. Das müssen wir uns im Hinblick auf andere internationale Prozesse merken. Wenn Kanada sich aus der Verantwortung stiehlt und sagt „Es ist uns völlig egal, was mit dieser Welt passiert, Hauptsache, unserer Ölschieferindustrie geht es gut“, müssen wir den Kanadiern deutlich machen, dass sie mit Konsequenzen an anderer Stelle rechnen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche?)

Das Bedeutsamste in Durban war die neue Allianz der EU mit Afrika, mit den ärmsten Staaten und den Inselstaaten. Die Gruppe der G 77 mit China ist erstmals offen aufgebrochen. Das gibt neue Chancen und hat eine Strahlkraft über die Klimaverhandlungen hinaus. Auch in anderen außenpolitischen Prozessen können wir nutzen, dass es neue Allianzen mit Brasilien, Mexiko und Südafrika gibt. Deshalb ist Durban ein gutes Zeichen für die Klimapolitik, aber eben auch für eine neue starke Rolle der EU in der jetzt bestehenden außenpolitischen Welt.

Wie haben wir es geschafft, diese Allianz zu bilden? Die Grünen haben uns gesagt: Wir müssen nur auf das 30-Prozent-EU-Klimazielen gehen, und alles wird gut. – Nein, wir als deutsche Abgeordnete haben mit der Verhandlungsführerin der Gruppe der 77, also mit den Entwicklungsländern, gesprochen. Die Aussage der Verhandlungsführerin – Originalton – war: „Das spielt überhaupt keine Rolle.“ Denn wir sind hier momentan in einer Debatte um ein Fundament der Klimapolitik. Wir können uns dann über die Zahlen unterhalten, wenn wir uns auf 2015 zubewegen. – Oder wir diskutieren über die Zahlen aus innereuropäischen Gründen. Es gibt viele gute Gründe, das Klimazielen aus diesen Gründen anzuhängen. Aber so zu tun, als sei dies das entscheidende Moment bei den Verhandlungen gewesen, ist völlig abwegig. Das entscheidende Moment für diese Klimaverhandlungen war, dass Europa Vertrauen vermittelt hat, dass wir es mit der Klimafinanzierung ernst meinen. Das ist die Botschaft von Durban: Klimafinanzierung ist das Moment für Kooperationsbereitschaft unserer Allianzpartner.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb war es absolut richtig, was die Bundesregierung gemacht hat. Bundesminister Niebel hat während der Konferenz 120 Millionen Euro für die Energiekooperation mit dem südlichen Afrika zugesagt. Bundesminister Röttgen hat 40 Millionen Euro für den Green Climate Fund zugesagt. Das hat Vertrauen geschaffen. Die Entwicklungsländer hat an unsere Seite gebracht, dass man sich auf Europa und auf Deutschland verlassen kann. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Klimazusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Zukunft stärken. Jeder Euro, den wir hier investieren, bringt nicht nur für das Klima viel mehr als jede letzte Maßnahme in

Deutschland selbst, sondern hat den Zusatzeffekt, dass wir Kooperationsbereitschaft in der Welt bekommen. Deshalb ist die internationale Klimafinanzierung im Interesse des Klimas und auch der Arbeitsplätze der deutschen Industrie. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, deshalb hat die FDP den Wunsch von Bundesminister Niebel unterstützt, zusätzlich 100 Millionen Euro aus Haushaltsresten an den Clean Technology Fund der Weltbank zu überweisen. Wir wollten damit insbesondere Indien stärken, das in diesen Verhandlungen eine ausgesprochen wichtige Rolle spielt. Ich bedauere es sehr, dass der Bundesminister der Finanzen nicht zu überzeugen war, dies bis zum heutigen Kassenschluss zu tun.

(Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Aha!)

Umso wichtiger ist es, dass wir in den nächsten Runden, wenn wir uns über die Zukunft des Energie- und Klimafonds unterhalten, eine absolute Priorität auf die internationale Klimafinanzierung legen. Wenn die Einnahmen im Energie- und Klimafonds geringer ausfallen und wir deshalb die Ausgaben kürzen müssen, dann müssen wir eine klare Priorität auf die internationalen Mittel setzen. Das muss gegebenenfalls zulasten nationaler Programme gehen. Es ist aber im Interesse des internationalen Klimaprozesses, dass Deutschland hier einen klaren Schwerpunkt setzt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

- (B) Abschließend: Wir dürfen uns nicht nur auf den UN-Prozess verlassen. Wir müssen auch darauf achten, dass wir Bottom-up-Klimaschutz betreiben. Mexiko, China, Brasilien und Südafrika haben zunehmend fortschrittliche nationale Gesetzgebungen im Bereich Klimaschutz. Das müssen wir unterstützen. Deswegen wird diese Bundesregierung auf dem Weg voranschreiten, hier mit den Schwellenländern zusammenzuarbeiten, insbesondere dann, wenn die Vereinigten Staaten sich weiterhin einem solchen Prozess verweigern. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Für die Fraktion Die Linke erhält nun Gesine Lötzsich das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Gesine Lötzsich (DIE LINKE):**

Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der renommierte Kieler Klimaforscher Mojib Latif stellt zu den Ergebnissen von Durban fest: Der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen hat sich seit 1990 nicht verringert, sondern er ist um 40 Prozent gestiegen. Sein Fazit – Zitat –:

... es gab Klimaschutz nur auf dem Papier, aber nicht real.

Der Mann hat recht.

**Dr. Gesine Löttsch**

(A) (Beifall bei der LINKEN)

Minister Röttgen, Sie sind stolz auf einen angekündigten Vertrag, der erst 2020 in Kraft treten soll. Was aber beschlossene Verträge wert sind, haben wir leider nur einen Tag nach der Klimakonferenz in Durban erleben müssen: Kanada hat sich aus dem Kioto-Protokoll verabschiedet. Kanada hatte – ebenso wie Russland und Japan – schon im vergangenen Jahr angekündigt, an der Verlängerung des Abkommens nicht mitwirken und sie auch nicht unterzeichnen zu wollen.

Die Kioto-Restgruppe besteht nun im Wesentlichen aus den EU-Ländern, Norwegen, der Ukraine, der Schweiz, Australien und Neuseeland. Diese Länder verursachen aber nur 15 Prozent der globalen Emissionen. Allein China und die USA erzeugen ein Vielfaches.

Mit dem Ausstieg vor dem Jahresende drückt sich Kanada davor, hohe Geldstrafen zahlen zu müssen. Und was sagt die Bundesregierung zum skandalösen Ausstieg Kanadas? Von Gelassenheit war die Rede. Ich frage mich: Woher kommt diese Gelassenheit? Es wäre doch zumindest angebracht gewesen, dass der Außenminister den kanadischen Botschafter in das Auswärtige Amt einbestellt und die Entscheidung kritisiert.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage mich, Herr Westerwelle: Was machen Sie eigentlich den ganzen Tag?

(B) Viele Menschen in unserem Land finden die Entscheidung Kanadas empörend – und die Bundesregierung reagiert gelassen. Man kann es auch Gleichgültigkeit nennen. Das geht nicht, Herr Röttgen! Sie haben es doch selbst in Ihrer Rede gesagt: Es geht um das Leben von Millionen Menschen auf der ganzen Welt, die von der Klimakatastrophe schon jetzt direkt betroffen sind. Da ist Gelassenheit wirklich völlig fehl am Platze.

(Beifall bei der LINKEN)

Ab 2020 soll es nun einen Green Climate Fund geben. Das ist eine richtige, längst überfällige Initiative. Doch noch ist völlig unklar, woher das Geld kommen soll. Zusage von Ministern, die dem Haushaltsausschuss, dem ich angehöre, nichts vorgelegt haben, sind – wie Sie alle wissen – völlig wertlos. Herr Kauch, ich habe keinen Antrag Ihrer Fraktion – wie Sie hier versucht haben, der Öffentlichkeit weiszumachen – im Haushaltsausschuss gesehen. Bleiben Sie bitte bei der Wahrheit!

(Beifall bei der LINKEN – Michael Kauch [FDP]: Das stimmt überhaupt nicht! Das geht nur über das BMF!)

Im Entschließungsantrag von SPD und Grünen wird nun gefordert, dass der Fonds zum größten Teil aus öffentlichen Mitteln finanziert werden solle, dass aber auch der internationale Schiffs- und Flugverkehr einen Beitrag leisten solle. Ich frage mich: Warum sollen in den Fonds nicht hauptsächlich diejenigen einzahlen, die die Hauptverursacher der Klimakrise sind – die Ölkonzerne, die Stromkonzerne und die Rüstungskonzerne?

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Ja, Kriege sind die größten von Menschen verursachten Umweltkatastrophen überhaupt. Da ist es doch nur angemessen, die Rüstungsindustrie wirklich einmal zur Kasse zu bitten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Beschlüsse seien „ein löchriger Rettungsschirm fürs Klima. Damit kann das 2-Grad-Ziel nicht erreicht werden“, sagte der Vorsitzende des BUND.

Das Klimaproblem scheint unlösbar, weil sich Regierungen gegenseitig blockieren. Aber für meinen Geschmack wird viel zu wenig über die Konzerne gesprochen, die ohne Rücksicht auf das Klima ihre Profite sichern wollen und dafür ihre Regierungen einspannen, wie es offensichtlich gerade bei Kanada geschehen ist. Das zeigt das eigentliche Problem: Das kapitalistische Wirtschaftsmodell lebt doch davon, dass es Luft, Wasser, Rohstoffe exzessiv verbraucht, ohne Rücksicht auf Verluste.

(Judith Skudelny [FDP]: Sie leben doch auch davon! Entschuldigung!)

Kapitalismus und Klimaschutz sind offensichtlich nicht miteinander vereinbar.

(Ulrich Petzold [CDU/CSU]: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!)

Darum brauchen wir andere Gesellschaftskonzepte,

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

(D) Konzepte, die nicht auf Massenverbrauch und Umweltzerstörung programmiert sind.

Herr Röttgen, je langsamer der internationale Prozess verläuft, desto wichtiger ist die Rolle Deutschlands. Um eine wirkliche Vorbildrolle übernehmen zu können, muss bei uns in der Bundesrepublik wesentlich mehr geschehen. Die Halbierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und ein 50-prozentiger Anteil erneuerbarer Energien beim Stromverbrauch bis 2020 müssen das Ziel sein.

Meine Damen und Herren, das Energiesystem in der Bundesrepublik braucht eine neue Grundlage: erneuerbar, demokratisch und sozial. Ich möchte mich dabei allerdings nicht nur auf die Aktivitäten der Bundesregierung verlassen. Meine feste Überzeugung ist: Die soziale Energiewende braucht mindestens so viel außerparlamentarische Bewegung und Energie wie der Kampf gegen die Nutzung der Atomkraft. Die Linke ist dabei. Packen wir es an!

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Christian Ruck ist der nächste Redner für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle waren vor der Klimakonferenz von Durban vor dem

Dr. Christian Ruck

- (A) klimapolitischen Abgrund. Es gab wenig Aussicht auf einen verlässlichen Prozess für ein globales Klimaschutzabkommen. Der Fortgang des Kioto-Protokolls war unklar. Es gab verhärtete Fronten im internationalen Dialog zwischen Industrieländern und Schwellen- und Entwicklungsländern. Durban drohte auf ganzer Linie zu scheitern. Damit drohte auch ein Abriss des globalen Klimaschutzprozesses. Vor diesem Hintergrund kann man wirklich nur feststellen, dass Durban trotz aller Unkenrufe ein Erfolg war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Klimaschutz bleibt auf Kurs, wenngleich auf einem beschwerlichen. Wir haben weiterhin die Chance, die globale Klimakatastrophe abzuwenden, und der Klimaschutz bleibt auf der Agenda der Völkergemeinschaft.

Das, was in Durban erreicht wurde, ist jedenfalls viel mehr als von uns allen befürchtet. Das war auch – wenn die Mitglieder der Opposition ehrlich sind – der Tenor unserer Ausschussberatungen: International wurde das erreicht, was international derzeit möglich ist.

Mich freuen vor allem drei Punkte, die auf der Konferenz in Durban eine Rolle gespielt haben:

Erstens. Es freut mich in der Tat, dass die Trennungslinie zwischen Industrieländern auf der einen Seite und Entwicklungs- und Schwellenländern auf der anderen Seite – sie lehnten bisher jegliche verbindliche Minderungsverpflichtungen ab – nicht mehr existiert. In der *FAZ* wurde davon gesprochen, dass sich die Weltkarte des Klimaschutzes verändert hat. Die Schwellenländer, vor allem auch China, haben verstanden, dass sie Verantwortung für das Klima haben.

(B)

Das wirklich Neue an dieser Konferenz ist, dass *alle* Konferenzteilnehmer bis 2015 eine Vereinbarung mit Rechtskraft beschließen wollen. Das heißt, wir haben zum ersten Mal alle Emittenten in einem Boot. Nur so macht es Sinn, dass wir an eine zweite Verpflichtungsperiode des Kioto-Protokolls herangehen. Ansonsten wäre dauerhaft festgeschrieben worden, dass Klimaschutz nur eine Sache der wenigen ist und die anderen aus der Verantwortung entlassen sind.

Der zweite Punkt – auch das wurde schon angesprochen – ist die konstruktive Rolle Deutschlands und der EU, von Kommissarin Hedegaard sowie Bundesminister Röttgen und seinem Team. Sie haben die entscheidende Führungsrolle in Durban übernommen. Deswegen ist Durban auch ein Erfolg für die europäische und die deutsche Klimaschutzpolitik. Allen Skeptikern zum Trotz hat sich die EU als handlungsfähig erwiesen, sie hat sogar die Koalition des Verantwortungsbewusstseins angeführt. Sie war der Motor einer neuen Dynamik, und zwar deshalb, weil Europa mit einer Stimme gesprochen hat.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, dem Bundesumweltminister Norbert Röttgen und seinem Team für seinen persönlichen, hartnäckigen Einsatz für realistische, aber auch verbindliche Ziele zu danken. Deutschland bleibt im internationalen Klimaschutz die treibende und führende Kraft. Dafür von meiner Seite, von unserer Seite vielen Dank an die Verhandlungsdelegation!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C)

Herr Miersch, ich möchte ausdrücklich auch denen in der Delegation der Parlamentarier danken, die sich ebenfalls in vielen Gesprächen mit großem Aufwand und großem Engagement um einen Erfolg in Durban gekümmert haben. Es ist wichtig, dass parlamentarische Delegationen auf diesen Konferenzen vertreten sind. Deswegen habe ich die Bitte an den Präsidenten des Deutschen Bundestages, dass solche Konferenzen permanent von deutschen Abgeordneten aus diesem Hause besucht werden können. Diese Delegationen spielen bei der Überzeugungsarbeit gerade im Verhältnis zu den Schwellen- und Entwicklungsländern eine ganz wichtige Rolle.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der dritte Punkt. Es freut mich persönlich, dass es gelungen ist, eine neue Allianz mit den Entwicklungsländern zu schließen. Die Entwicklungsländer sind natürlich Opfer, aber sie sind teilweise auch Täter. Die neue Koalition aus EU, kleinen Inselstaaten und progressiven Entwicklungsländern hat für einen neuen Schwung in Durban gesorgt. Sie war letztendlich der Schlüssel zum Erfolg der Verhandlungen; denn durch sie wurde ein moralischer Druck auf die Bremsstaaten aufgebaut, der dringend notwendig war.

Die Allianz ist nicht vom Himmel gefallen. Sie war das Ergebnis einer langwierigen und intensiven vertrauensbildenden Vorarbeit vor allem der EU und Deutschlands. Diese Allianz gilt es zu halten und auszubauen. Wir gelten als ehrliche Makler, als nicht kolonialbehaftet, mit einem ehrlichen Interesse an den Menschen, ihrer Zukunft und an der Umwelt. Wir gelten auch als langjährig verlässliche Partner.

(D)

Ich möchte auf die Zahlenspielereien eingehen, die Sie, Herr Kelber – und auch Herr Miersch –, immer bis zum Exzess betreiben.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ganz vorsichtig!)

An Ihnen stelle ich auch den Unterschied zwischen einem Politiker und einem Buchhalter fest, und Sie sind noch dazu ein schlechter Buchhalter. Ich habe Ihnen schon beim letzten Mal vorgerechnet, wie die Gelder für Fast Start zustande kommen, aber Sie glauben es einfach nicht. Deswegen sage ich es Ihnen noch einmal;

(Ulrich Kelber [SPD]: Ich habe die Zahlen schon ins Internet gestellt! Machen Sie das doch auch!)

vielleicht glauben Sie mir mehr als dem BMZ. 894 Millionen Euro war der Sockelbetrag; dazu kommen 895 Millionen Euro vonseiten des BMZ zusätzlich

(Ulrich Kelber [SPD]: Neu und zusätzlich?)

und 365 Millionen vom BMU zusätzlich. Das macht zusammen mehr als 1,6 Milliarden Euro.

(Ulrich Kelber [SPD]: Neu und zusätzlich oder nur zusätzlich?)

**Dr. Christian Ruck**

- (A) Ich bitte Sie: Nehmen Sie es einmal zur Kenntnis, oder gehen Sie selber ins BMZ, suchen die Zahlen und rechnen nach. Dann müssten auch Sie auf diese Zahlen kommen.

Dieser Aufwuchs der ODA-Mittel und auch die Mittel für Umwelt- und Klimaschutz müssen steigen. Dafür kämpfen wir Entwicklungspolitiker. Der Aufwuchs der ODA-Mittel muss vor allem auch in den Klima- und Umweltschutz gehen: für Technologietransfer, für den Schutz von Wäldern und Sumpfbereichen, für Agrarmaßnahmen, zum Beispiel für eine robustere Landwirtschaft, für den Schutz der Korallenriffe und vieles andere mehr.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege Ruck, darf der Kollege Kelber eine Zwischenbemerkung machen?

**Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):**

Herr Kelber, das wird auch nichts bringen, aber ich lasse Ihre Zwischenfrage zu, sonst sagen Sie wieder, ich hätte Angst vor Ihrem Zahlenwerk. – Bitte.

**Ulrich Kelber (SPD):**

- Sie sagen ja immer, die Tatsache, dass ich nicht rechnen könne, hätte ich wahrscheinlich meinem Mathematikstudium zu verdanken. Würden Sie aber folgende Zahlen akzeptieren, vorgelegt von Brot für die Welt und Germanwatch? Überschrift: „Der deutsche Beitrag zur Fast-Start-Zusage von Kopenhagen: Alter Wein in neuen Schläuchen“. Weiter heißt es: Demnach kommen über den Zeitraum 2010 bis 2012 nur 152 Millionen Euro – das entspricht 12 Prozent der genannten Zahlen – an „frischem“ Geld zusammen. Eklatantestes Beispiel: 500 Millionen Euro, die die Bundesregierung bereits für den Waldschutz zugesagt hat, werden bei Fast Start erneut verrechnet.
- (B)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Nur zweimal statt dreimal?)

**Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):**

Ich akzeptiere die Zahlen nicht. Herr Kelber, ich sage es Ihnen noch einmal: 894 Millionen Euro beträgt der Sockelbetrag; das ist hoffentlich einvernehmlich. 895 Millionen Euro beträgt der Beitrag des BMZ; das sind sowohl Mittel für internationale als auch für bilaterale Projekte. Hinzu kommen 365 Millionen Euro des BMU.

Es ist so, dass manche Mittel, zum Beispiel für den Waldschutz, gleichzeitig Mittel zum Schutz der Biodiversität sind. Das können Sie dem BMZ und uns aber nicht vorwerfen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Neu und zusätzlich!)

– Ja, das sind neue und zusätzliche Mittel.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die schaffen Arbeitsplätze! Die können Sie gleich dreimal rechnen!)

Herr Kelber, tun Sie mir einfach einen Gefallen: Gehen Sie zum BMZ, und machen Sie genau das Gleiche, was ich gemacht habe: Zählen Sie die Mittel für die einzel-

nen Projekte zusammen. Wenn Sie Mathematiker sind, dann kann es ja nicht am Zusammenzählen liegen. (C)

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja! Denken Sie mal an die Hypo Real Estate!)

Dann werden auch Sie sehen, dass unsere Zahlen stimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich sprach über die Partnerschaft mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Diese Partnerschaft ist keine Einbahnstraße. Ich komme auf den Fall Brasilien zurück, weil das ein wirklich starkes Stück ist. Mit Brasilien pflegen wir eine jahrzehntelange und kostspielige Zusammenarbeit im Tropenwaldbereich. Die geplante Entwaldungsgesetzgebung wäre im schlechtesten Fall mit einer Freisetzung von 28 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> verbunden. Das ist das Dreißigfache dessen, was die Bundesrepublik Deutschland im Jahr ausstößt. 28 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>, das wäre ein Schlag ins Gesicht – für uns und für den internationalen Klimaschutz. Wir müssen im Deutschen Bundestag natürlich über Kanada sprechen, wir müssen aber auch über Brasilien sprechen; denn mit einer solchen Gesetzgebung macht Brasilien die Rio-plus-20-Konferenz zu einer Farce. Deshalb müssen auch wir Bundestagsabgeordnete mit den Brasilianern ein ernstes Wort sprechen.

Auf der Konferenz in Durban wurde Arbeit eingefordert und Arbeit verteilt: für ein zweites Kioto-Protokoll, für das beschlossene Aktionsprogramm, für einen verbesserten Waldschutz und für den sofortigen Beginn der Arbeit an einem globalen Klimaschutzabkommen. Wir als Abgeordnete müssen uns dabei dauerhaft und aktiv einbringen und dürfen auch eine kritische Auseinandersetzung mit Bremserstaaten nicht scheuen. Auch ich halte das Verhalten der Kanadier für einen Skandal. Wenn man zuerst die Klimaschutzziele dermaßen eklatant verfehlt – statt minus 6 plus 35 Prozent – und dann noch sagt: „Bevor ich Strafe zahlen muss, mache ich mich vom Acker“, dann passt das nicht zu einer Nation, die mit den Entwicklungsländern Geschäfte mit den natürlichen Ressourcen macht, und es passt nicht in diese Zeit, in der Kanada den Anspruch erhebt, eine Führungsnation zu sein. (D)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege Ruck, darf die Kollegin Bulling-Schröter eine Zwischenfrage stellen?

**Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):**

Nein, jetzt nicht mehr. Ich bin nämlich bei meinem letzten Punkt angelangt.

Klimaverhandlungen sind wichtig. Wir wissen, dass sie zäh sind, langsam vorangehen, vor allem im UNO-Kontext, und dass wir deswegen selber handeln müssen, um andere mitziehen zu können. Genau das tun wir. Unsere Energiewende und der damit verbundene gesellschaftliche Kraftakt finden vor den Augen der Weltöffentlichkeit statt. Er entscheidet über den Erfolg der

**Dr. Christian Ruck**

- (A) Klimawende, auch international. Alle schauen darauf, wie wir diese Energiewende gestalten und in welcher Art und Weise wir wirtschaften.

Dass Deutschland mit seiner Energiepolitik internationalen Vorbildcharakter hat, hat Durban eindrucksvoll gezeigt. Das globale Interesse ist groß in Bezug auf unsere Energiepolitik und unsere Energietechnologie gerade in den Bereichen der dezentralen Energieversorgung, der Wasserversorgung, der Elektromobilität, der Gebäude- und der Effizienztechnologien, aber auch in Bezug auf neue Werkstoffe und die Art und Weise, wie wir diese Energiewende juristisch und administrativ organisieren. Wir werden zeigen, dass unsere Energiewende kein bloßer Versuch und kein Experimentierfeld mit offenem Ausgang ist, sondern ein Erfolgsmodell und damit Deutschlands Exportschlager des 21. Jahrhunderts. Wir müssen zeigen, dass diese Energiewende versorgungssicher und bezahlbar ist, dass sie neue Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze gibt, ja dass es sogar ein großer Wettbewerbsnachteil für die Konkurrenzfähigkeit anderer Länder ist, wenn sie sich dieser Energiewende nicht anschließen. Dieser Dominoeffekt ist genau das, was wir erreichen wollen, und ist vielleicht noch viel wertvoller als mühsame und zähe UN-Verhandlungen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) Daran, dass diese Energiewende gelingt, arbeitet die christlich-liberale Koalition mit vollem Einsatz. Wir kämpfen für den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien, und dies mit großem Erfolg. 20 Prozent unserer Stromproduktion erfolgt auf der Basis erneuerbarer Energien. Wir kämpfen um einen zügigen Netzausbau und die Gewährleistung der Netzstabilität. Wir kämpfen um ein Lastmanagement, um den Ausbau der Stromspeicherung sowie um Forschung und Entwicklung im Bereich der Energiepolitik.

Natürlich müssen wir auch auf die Bezahlbarkeit der Energiewende achten. Es wäre ein Schuss ins eigene Knie, wenn wir eine Energiewende machten, die außer uns keiner bezahlen könnte. Deswegen geht es auch und vor allem um Energieeffizienz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich bin durchaus bereit, meine Damen und Herren von der Opposition, über Energieeffizienz im europäischen Kontext zu reden. Wir brauchen im europäischen Kontext mehr Energieeffizienz. Wir haben wichtige Gesetze vor uns, die uns mehr Energieeffizienz beschern können, zum Beispiel im KWK-Bereich und im Mietrechtsbereich.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege, Sie müssen jetzt bitte zum Schluss kommen.

**Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):**

Jawohl. – Entscheidend ist, dass die Welt auf Deutschland schaut. Wir müssen beweisen, dass Klima-

schutz Zukunftspolitik und Wachstumslokomotive ist, und zwar nicht nur für das Industrieland Deutschland, sondern auch für die globale Wirtschaft. Wenn uns dies gelingt, dann gibt es vor allem einen Gewinner: das Klima dieser Welt. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort hat nun Renate Künast für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Regierungserklärung bin ich etwas ratlos und frage: Was sollte das eigentlich, Herr Röttgen?

(Josef Göppel [CDU/CSU]: Das war eindeutig klar!)

Ist es sozusagen eine moderne Art des Debriefings, dass man sich eine Woche danach in Ermangelung anderer Themen, auf die sich diese Koalition einigen könnte, schlicht und einfach selber lobt, obwohl es inhaltlich nicht angebracht ist?

(Josef Göppel [CDU/CSU]: Sie waren gar nicht dabei!)

Also, ich bin ratlos an dieser Stelle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist bemerkenswert, Herr Röttgen, wie Sie sich selber gelobt haben. Dabei gehört zur Wahrheit auch: Die Bundeskanzlerin hatte den ganzen Verhandlungsprozess schon aufgegeben, bevor das Verhandeln überhaupt begonnen wurde. Sie sind hingefahren und haben als Erstes – eine ganz moderne Verhandlungsstrategie und eine interessante Variante, um jemanden zu gewinnen – China in den Hintern getreten (D)

(Josef Göppel [CDU/CSU]: Das war höchst erfolgreich!)

und haben sich am Ende dies als erfolgreiche Verhandlungsstrategie ans Revers geheftet und behauptet, Sie hätten quasi dieses große internationale Bündnis geschmiedet. Wahr ist: Man hat erstens zu spät angefangen, und zweitens hieß der Schmied nicht Röttgen, sondern die Schmiedin war die EU-Kommissarin Hedegaard.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Josef Göppel [CDU/CSU]: Da waren Sie noch im Berliner Wahlkampf!)

Es ist sicherlich eine gute Strategie, sich gemeinsam mit den Schwellenländern und den am wenigsten entwickelten Staaten dieser Welt gegen diejenigen zu stellen, die nicht willens sind, sich zu bewegen. Aber dann frage ich einmal: Wo war eigentlich – außer der Beschreibung, was für tolle Hechte Sie alle in Durban waren – der Satz über das, was man zu tun gedenkt? Dazu hat keiner etwas gesagt. Von den Koalitionsrednern höre ich nur: Wir waren ganz toll! Aber wie will man das Eisen mit diesen

**Renate Künast**

- (A) ganzen Staaten denn jetzt weiter schmieden? Was sind denn die Angebote?

Wir haben – Herr Kelber hat es gerade noch einmal gesagt – durch die heutigen Redebeiträge eins gelernt, nämlich dass die Gelder dreifach oder doch mindestens zweifach angeboten werden. So kann man natürlich eine wundersame Geldmehrung machen – einmal ganz abgesehen davon, dass vieles von dem, was Sie anbieten, noch lange nicht im Haushalt steht.

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Das ist doch ein Blödsinn! Sie haben keine Ahnung!)

Wenn es aber ans Eingemachte geht, höre ich hier keinen einzigen Satz, wie Sie denn das Eisen schmieden wollen. Die am wenigsten entwickelten Länder, viele afrikanische Länder könnten Sie beglücken, indem Sie keine Rechen-tricks machen, sondern deutlich machen: Deutschland sagt Ja zu einer Agrarreform. Weg mit den Exportsubventionen! Wir werden nicht mehr auf Kosten anderer wirtschaften.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Doch dazu habe ich von Ihnen an dieser Stelle kein Wort gehört.

Die richtige Antwort könnte auch sein, jetzt das ambitionierte europäische Klimaschutzziel auf minus 30 Prozent bis 2020 zu setzen. Die richtige Antwort könnte auch sein, den Green Climate Fund jetzt mit Geld auszustatten, anstatt mit Rechen-tricks zu arbeiten.

- (B) (Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Sie haben keine Ahnung, Frau Künast!)

Die richtige Antwort könnte auch sein, Klimaschutzinitiativen mit anderen zusammen zu starten. Die richtige Antwort könnte auch sein, zu überlegen, wie und an welchen Stellen wir mit China zusammenarbeiten können.

(Judith Skudelny [FDP]: Das tun wir doch!)

Herr Ruck, es war ein toller Satz,

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Danke!)

dass man mit Brasilien ein ernstes Wort reden müsse, weil sie die Wälder dort roden. Ich sage Ihnen eins: Mit dieser Großmannssucht des reichen weißen Mannes kommen Sie in Brasilien bestimmt ganz weit.

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Sie können ja Däumchen drehen, Frau Künast! – Judith Skudelny [FDP]: Was für ein dämliches Geschwätz!)

– Welche Kinderstube haben Sie denn?

(Judith Skudelny [FDP]: Eigentlich eine ganz gute!)

Wenn Sie mit den Brasilianern ernsthaft reden wollen, dann müssen Sie auch etwas bringen. Ja, wir wollen, dass Brasilien den Amazonas-Wald nicht rodet. Aber Sie müssen an dieser Stelle endlich einmal aufhören, der Waldwirtschaft in den Hintern zu kriechen.

(Otto Fricke [FDP]: So viel zur Kinderstube!)

Sagen Sie doch: Wir sorgen dafür, dass in Deutschland und in Europa nur noch FSC-zertifiziertes Holz verbaut wird. Dann können Sie denen erklären, was sie mit ihrem Wald machen sollen. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sagen Sie doch: Wir machen eine Agrarreform und treiben sie in Europa an.

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Sie haben doch keine Ahnung! Sie können sich doch nicht hier hinstellen und so ahnungslos daherplappern!)

Wir wollen nicht mehr, dass da unten Wälder für den Anbau von Soja gerodet werden, den wir dann hier verfüttern. Ich weiß, warum Sie so reagieren: Sie merken nämlich, dass man nicht nur das allgemeine Wortgeklingel machen kann, sondern dass man zu Hause auch liefern muss. Man muss zu Hause den Mut haben, Verhaltens- und Politikänderungen durchzusetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will gerne noch hinterherschicken: Herr Röttgen hat hier ja eine warme Rede gehalten.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Was ist denn eine „warme“ Rede?)

Sie können, ohne Zweifel, immer schön reden, Herr Röttgen. Sie haben gesagt, man müsse zu Hause die Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung nutzen. Das haben Sie sicherlich nicht in unsere Richtung gesagt, denn wir wussten das schon; wir sagen ja ständig, dass Klimaschutz auch eine wirtschaftliche Chance und eine Chance für Arbeitsplätze ist. Sie haben es in Richtung Ihrer Koalitionsfraktionen gesagt. Wenn Sie das aber in diese Richtung sagen, dann muss ich hinterherschicken: Unterhalten Sie uns endlich nicht mehr mit dem Spiel von Röttgen und Rösler: Der eine so herum, der andere so herum. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Jeden Tag trifft man sich mit Energiekonzernen – einmal Sie, einmal Sie. Man ist nicht einmal in der Lage, sich gemeinsam mit denen zu treffen, weil Sie nicht den Hauch einer gemeinsamen Position haben.

Sie reden im *Spiegel* über die Vision eines Pro-Kopf-Budgets an CO<sub>2</sub>. Wenn wir dann aber beim BMU nachfragen, erfahren wir dort, das sei eher hypothetisch gemeint. Hypothesen haben wir auch, säckeweise.

(Judith Skudelny [FDP]: Ja, das wissen wir doch!)

Wir brauchen aber Taten an dieser Stelle.

(Otto Fricke [FDP]: Dann sollten Sie mit Ihrem Wortbeitrag zum Ende kommen!)

– Sie sind eh schon am Ende; Sie existieren gar nicht mehr.

**Renate Künast**

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Otto Fricke [FDP]: Warum reagieren Sie dann auf mich?)

– Weil ich höflich bin, Herr Fricke.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie müssen zu Hause Ihre Hausaufgaben machen und vorangehen, wenn Sie die wirtschaftlichen Chancen wirklich nutzen und den anderen zeigen wollen, dass sich technologische Entwicklung lohnt.

Zum Beispiel Energieeffizienz. Herr Röttgen, Sie sagen dazu, das sei die intelligenteste Form der Energiepolitik. Dann dürfen Sie nicht mehr zulassen, dass Herr Rösler die EU-Effizienzrichtlinie blockiert. Wir brauchen sie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Durch ihre Umsetzung könnten bis zu 120 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ich komme zum Schluss. – Energetische Gebäudesanierung: So, wie Sie dieses Thema angehen, schaffen wir es nicht einmal in 100 Jahren. Wann einigen Sie sich endlich? Wann schafft es die Kanzlerin, die Ausnahmen im Emissionshandel, auch im europäischen Emissionshandel, zu eliminieren? Darüber könnten wir Geld bekommen. Warum schicken wir die Gigaliner auf die Straße statt den Güterverkehr auf die Schiene? Warum blockiert Deutschland das Weißbuch Verkehr?

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Otto Fricke [FDP]: Wer blockiert?)

Warum bauen wir mithilfe der Gelder aus dem Emissionshandel neue Kohlekraftwerke? Ich sage eines ganz klar: Klimaverhandlungen werden in potenziell guten neuen Bündnissen fortgeführt, wenn Deutschland selber einen Innovationsschub hat. Aber das kann Schwarz-Gelb nicht, zumindest nicht der gelbe Teil, und der schwarze hat auch keinen Mut.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Birgit Homburger ist die nächste Rednerin für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das jetzt die Rede zur Bewerbung bei der DBU?)

**Birgit Homburger (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Morgen die Möglichkeit, hier über die Ergebnisse von Durban zu diskutieren. Liebe Frau Künast, mich wundert nichts mehr. Ihnen kann man nichts recht

machen. Sie sind immer unzufrieden. Es ist egal, was wir machen, es passt Ihnen nicht. (C)

(Ulrich Kelber [SPD]: Aber egal, was Sie machen, Sie machen es auch falsch!)

Setzt man das Thema auf die Tagesordnung, dann reklamieren Sie, dass es auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Sie wären die Erste gewesen, die uns kritisiert hätte, hätten wir heute Morgen nicht darüber diskutiert. Ich sage Ihnen: Das Thema ist wichtig genug, um es im Deutschen Bundestag zu behandeln.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Natürlich war Durban ein Erfolg; denn es wurde ein Fahrplan zu einem Rechtsabkommen mit allen Ländern vereinbart. Die Grundlage dieses Erfolgs war eine schlagkräftige Allianz zwischen der EU, den kleinen Inselstaaten, den ärmsten Ländern und progressiven afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern. Der Redner der SPD hat hier heute Morgen erklärt, das sei schlicht nichts. Dann erklären Sie uns doch bitte einmal, was Ihre Alternative gewesen wäre. Glauben Sie, Sie hätten die anderen Länder dazu gebracht, auf dieser Klimakonferenz mehr zu vereinbaren als das, was jetzt vereinbart wurde? Das glauben Sie doch selber nicht.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Sie können nicht permanent alles, was erreicht wird, konterkarieren und ablehnen und dann sagen, dass wir das Weltklima mit Maßnahmen allein in Deutschland retten. Das wird nicht funktionieren. Deswegen ist es richtig, dass diese Bundesregierung so agiert hat, wie sie agiert hat. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen, dass es nicht bei Klimadiplomatie bleibt. Das Wichtigste ist, dass jetzt etwas passiert. Das haben mehrere Redner gesagt; da sind wir uns vollkommen einig. Deshalb ist es wichtig, dass die Bereitschaft von Ländern wie Mexiko, Brasilien oder auch China, sich klimapolitisch zu engagieren, jetzt von uns unterstützt wird. Sie muss unbedingt aufrechterhalten werden. Liebe Frau Künast, Sie werden diese Bereitschaft sicherlich nicht aufrechterhalten, indem Sie Länder wie Brasilien, die sich wirklich anstrengen, hier im Deutschen Bundestag verbal verhauen. So werden Sie nicht weiterkommen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb ist es dringend notwendig, dass wir die Gespräche bilateral weiterführen, nicht nur zwischen der EU und diesen Ländern, sondern auch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und diesen Ländern. Wir wollen, dass es mit diesen Ländern bilaterale Kooperationen insbesondere in projektbezogenen technischen Fragen gibt. Das wird dazu führen, dass dort das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Klimaschutz gestärkt wird. Es zeigt aber auch die Ernsthaftigkeit, mit der wir uns um die Zusammenarbeit mit diesen Ländern bemühen. Ich glaube, das ist ein wichtiges Signal, das diese Bundesregierung aussendet.